



## „Die Bürger sind nicht blöd“

INITIATIVE „Omnibus für direkte Demokratie“ wirbt für Volksabstimmung auf allen Hoheitsebenen

**BUTZBACH** (thg). Der „Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland“ macht seit gestern in Butzbach Station auf dem Marktplatz. Dort stellt die Bürgerinitiative, die sich für die

Butzbach ist die letzte Station auf der diesjährigen Tour, die am Wochenende in Wiesbaden endet. Sie führte bis nach Rom, wo Ende September die Konferenz „Democracy in Motion“ für eine direkte Demokratie in Europa stattfand. Dass Butzbach ausgewählt wurde, ergab sich aufgrund der Strecke, die nun zuletzt von Thüringen in die hessische Landeshauptstadt führt. Dass es in der Weidigstadt rund um das Windkraftprojekt einen Versuch gegeben hatte, einen Bürgerentscheid herbeizuführen, war der Initiative nicht bekannt. „Oftmals ist es so, dass lokale Bürgerbegehren gar nicht weiter bekannt sind“, so Küppers. Auch dazu wolle der Omnibus beitragen zusammen mit der Schwesterorganisation, dem Verein „Mehr Demokratie“.

wenn ein Thema die Bevölkerung so beschäftigt, dass eine Volksabstimmung anberaunt wird.

Küppers zerstreut zudem Bedenken, in einer Volksabstimmung könnte falsch entschieden werden. „Die Bürger werden massiv unterschätzt. Man darf nicht so tun, als wären sie blöd.“ Im Gegenteil: Kreativität, viele Ideen und Möglichkeiten ließen sich umsetzen. Mehr als 7000 Bürgerbegehren habe es in deutschen Kommunen bislang gegeben. In Bayern sei dieses Instrument erfolgreich, in Hessen seien mit der jüngsten Verfassungsabstimmung die Hürden gesenkt worden.

Die Volksabstimmung stehe für eine lösungsorientierte Klärung von Sachfragen. „Das ist ein wohl durchdachtes, dreistufiges Verfahren“, erläuterte Küppers. Denn erst mit einem hieb- und stichfesten Gesetzesvorschlag und 100 000 Unterstützer-Unterschriften könnte eine Volksinitiative überhaupt an den Bundestag herantreten. Stimmt das Parlament nicht dafür, würde ein Volksbegehren eine Million Unterschriften benötigen. Der Bundestag könnte dann einen Alternativentwurf zum Volksentscheid vorlegen. Alle Haushalte erhielten ein Informationsbuch zur Abstimmung, dem eigentlichen Volksentscheid.

Über eine Million Willenserklärungen pro Volksabstimmung liegen inzwischen vor, so Küppers. Alle Parteien außer der CDU hätten die Einführung als Ziel in ihren Programmen. Allerdings brauche es eine Zweidrittel-Mehrheit für die Einführung. Dass die Parteien kein Interesse an der Volksabstimmung haben, wundert Küppers nicht. Ihre Rolle könnte sich verändern. Und nicht zuletzt zeige das Beispiel der direkten Demokratie in der Schweiz, dass sich die Parteien bewegen müssten,

BUTZBACH. Der „Omnibus für direkte Demokratie“ steht auch heute noch auf dem Marktplatz für Informationen rund um den Volksentscheid bereit mit (v.l.) Christopher Pinnekamp, Werner Küppers, Pia Groothuisen und Katharian Radke.

Text + 1 Foto: thg

Durch die sachliche Auseinandersetzung sei man „am Ende klüger, egal, welche Entscheidung dabei herauskommt“.

Anwendungsbeispiele wären etwa Themen wie Rüstungsexporte oder Kriegseinsätze der Bundeswehr. Auch ein Autobahn-Tempolimit oder eine dezentrale Energieerzeugung könnten Gegenstand von Volksabstimmungen sein.

Die Bürgerinitiative ist eine gemeinnützige GmbH, die sich über einen Fördererkreis finanziert. Wer für die Volksabstimmung am Bus unterschreibt, kann sich auch in die

Fördererliste eintragen. Neben Küppers am Bus wirken unter anderem Praktikanten etwa in den Semesterferien an der Kampagne mit. Sie sind mit dem 39 Jahre alten Bus – einem früheren Berliner Linienbus – unterwegs, in dem sie während ihrer Tour-Zeit auch leben. Außerdem bietet die Initiative unter anderem Unterrichtseinheiten in Schulen an. Der Künstler Joseph Beuys gründete 1971 die „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung“ mit Büro in Düsseldorf. 1972 installierte er das Büro auf der „documenta 5“ in Kassel. Auf ihn bezieht sich der Omnibus.

## Butzbach Aktuell

Einführung von Volksabstimmungen auf allen Hoheitsebenen – also auch auf Bundesebene – einsetzt, heute noch von 9.30 bis 18.00 Uhr das Projekt und ihre Ziele vor. Gestern beschrieb „Busfahrer“ Werner Küppers, worauf es den Aktiven ankommt.

Die bundesweite Volksabstimmung könnte als „unerfüllter Verfassungsauftrag“ bezeichnet werden, sieht das Grundgesetz in Artikel 20 doch vor, dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht und dass sie „in Wahlen und Abstimmungen“ ausgeübt wird. Küppers und sein dreiköpfiges Unterstützerteam sammeln auf ihrer Tour durch Deutschland Unterschriften. „Das ist quasi eine Volksabstimmung über die Volksabstimmung.“

## Einen Kurzurlaub auf der Insel Zypern verbringen ...

## Angeblicher Enkel wollte von Butzbacherin 11 000 Euro

**BUTZBACH** (ots). Jeder würde sich wohl Sorgen machen, wenn der eigene Enkel bei einem Unfall zu Schaden kommt. Und jeder würde wohl alles, was im Bereich seiner Möglichkeiten liegt, tun, um dem Verunglückten zu helfen. Zu einem Problem wird das aber dann, wenn es gar nicht der richtige Enkel ist, der um Hilfe bittet, sondern ein Betrüger.

So war es auch am Montag, als sich bei einer Seniorin in Butzbach der angebliche Enkel meldete. Gegen Mittag erhielt die Frau den Anruf, bei dem ihr von einem Unfall erzählt wurde und von der Forderung des Unfallgegners, der nun 11 000 Euro haben wollte. Das geforderte Geld konnte die Seniorin nicht für den vermeintlichen Enkel aufbringen, wohl aber einige tausend Euro, die sie ihm zur Verfügung stellen wollte.

Der Enkel wollte das Geld von einem „Kumpel“ abholen lassen. Die Seniorin forderte der Anrufer auf, vor ihrem Haus zu warten, damit das Geld schnell übergeben werden könne. Aus Angst an der Straße zu warten, blieb die Seniorin aber lieber am Fenster des Hauses sitzen und wartete dort auf den Abholer des Geldes. Als dieser nach drei Stunden noch immer nicht gekommen war, rief sie ihren Enkel an und fragte nach. Erst jetzt flog der Betrug auf, da der richtige Enkel gar nichts von dem angeblichen Unfall und dem Geld wusste.

Der Tipp der Polizei: Geben Sie niemals Geld oder Wertsachen an Fremde weiter, egal wer sie vorgeben zu sein und von wem sie angeblich geschickt wurden. Bei Fragen kann man sich jederzeit an die Polizei wenden.